

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Uli Henkel

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Florian Siekmann

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Martin Hagen

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Dr. Gerhard Hopp

Abg. Dr. Franz Rieger

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion  
"Deutsche Ratspräsidentschaft - Eine Chance für Bayern, Deutschland und  
Europa, das marode System endlich zu reformieren"**

Sie kennen das Prozedere: 5 Minuten Redezeit pro Rednerin oder Redner, bzw., falls eine Rednerin oder ein Redner der jeweiligen Fraktion verzichtet, 10 Minuten für einen anderen Redner. – Ich rufe den ersten Redner auf, den Kollegen Uli Henkel (AfD).

(Beifall bei der AfD)

**Uli Henkel (AfD):** Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen! Europa – das ist ein Schatz. Von der Erfindung des Rades und der Schrift bis hin zum Computer und der Entwicklung von Antibiotika – wohl kein anderer Kontinent hat mehr zum Fortschritt unserer Spezies beigetragen. Doch wie es Schätze so an sich haben: Sie ziehen auch Räuber an. In mythischer Vorzeit war es Zeus, der die Europa aus den Hallen ihres Vaters, des phönizischen Königs Agenor, raubte. Heute heißen die Akteure von der Leyen, Timmermans, Michel & Co. Diese EU-Repräsentanten reden gern von "unserem Europa", meinen aber in Wirklichkeit doch nur den bürokratischen Monstermoloch, der in Brüssel und Straßburg nach nationalen Kompetenzen giert wie einst Skylla und Charybdis in der Meereseenge von Messina nach griechischen Seefahrern.

(Zuruf)

Die AfD ist wahrlich kein Freund dieser in letzter Zeit doch vor allem Unfrieden zwischen den europäischen Völkern stiftenden und sich EU nennenden Wohlstandsumverteilungsmechanik,

(Widerspruch)

die mit dem Segen des französischen Präsidenten und der Kanzlerin in Zukunft noch stärker als bisher schon – und dies natürlich meist zulasten des deutschen Steuerzah-

lers – die maroden und leider auch total reformunwilligen Volkswirtschaften des Club Med alimentieren möchte.

Als einer, der sich schon immer für ein friedliches und geeintes Europa eingesetzt hat – ob als junger Soldat mit *réconciliation sur les tombes* im Sinne der deutsch-französischen Freundschaft oder aber auch als Student an mehreren europäischen Universitäten –, stets ging es doch um Völkerverständigung und um die Rolle Deutschlands als fairer Makler und verlässlicher Partner in Europa und der Welt. Aber die EU ist eben nicht Europa, und vieles, das seit den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament beschlossen wurde, ist nicht wirklich geglückt und bedarf angesichts der neuesten Entwicklungen und Gefahren für Europa, aber auch für Bayern, dringendst einer Revision, zumindest aber einer Adaption.

Lassen Sie mich dies am Beispiel des vor genau 25 Jahren umgesetzten Vertrages von Schengen näher ausführen. Als Reisender, der sehr viel auch in Europa herumgekommen ist, haben mich Grenzkontrollen nie gestört, war mir doch stets klar, dass Grenzschutz und Grenzkontrollen ein wichtiges Instrumentarium für die innere Sicherheit all unserer Länder im friedlich vereinten Europa sind. Die dauerhafte Beibehaltung solcher Kontrollen – auch an Bayerns Grenzen –, die angeblich ja total unmöglich sind, erst jüngst anlässlich Corona dann aber doch gänzlich unproblematisch durchgeführt werden konnten, sollte insoweit also unbedingt auch eines der vielen Anliegen sein, für die sich Deutschland während seiner Präsidentschaft einsetzen muss.

Deutschland übernimmt nun am 1. Juli erstmals nach 13 langen Jahren, in denen sich unser Land stärker und leider auch deutlich nachteilhafter verändert hat als in den Jahrzehnten zuvor, für ein halbes Jahr die Ratspräsidentschaft über diesen Staatenverbund.

Sechs Monate lang leitet und moderiert Berlin nun die Arbeit des Ministerrates, die Sitzungen des Rates der Europäischen Union und weitere rund 200 Ausschüsse und Arbeitsgruppen des Brüsseler Wasserkopfes. Das wäre eine Chance, beherzt dringend

notwendige Reformen anzustoßen und die Union endlich wieder zu dem zu machen, was sie ursprünglich einmal sein sollte: zu einem gemeinsamen Markt des freien Wettbewerbes statt sozialistischer Überregulierungen, zu einer Union von in Frieden zusammenlebenden, souveränen Nationalstaaten statt eines Mächtegarn-Zentralstaates, der insbesondere durch seine Währungs- und Fiskalpolitik die Völker Europas gegeneinander aufbringt – und last but not least zu einer Union, die die kulturelle Vielfalt all ihrer Völker aufrichtig schätzt und diese nicht mit ihrer Regulierungs- und Vereinheitlichungswut sowie durch die grob fahrlässige Förderung von Zuwanderung willentlich konterkariert.

(Zurufe)

Unter normalen Umständen müsste der 1. Juli insoweit also ein richtig guter Tag für Deutschland und Bayern werden, aber angesichts des Umstands, dass Deutschland stets der Musterschüler sein möchte – wenn auch vorrangig nur nach außen denn nach innen –, graut uns regelrecht davor, dass unsere Repräsentanten diese Monate eben nicht dazu nutzen werden, um endlich wieder ein faires und damit friedensstiftendes Gleichgewicht in der EU herzustellen und auch das zerrüttete Verhältnis zu Russland als Teil Europas wieder deutlich zu verbessern, sondern dass sie es missbrauchen werden, um noch mehr Wohltaten für alle – außer natürlich für die eigenen Landsleute – auszuloben.

Insoweit überrascht uns das kürzlich von Bundeskanzlerin Merkel vorgestellte Programm für die Ratspräsidentschaft auch in keiner Weise. Darin wird zwar viel von Souveränität gesprochen; gemeint ist hier aber die weitere Übertragung von nationalen Hoheitsrechten auf die EU-Ebene, was im Wesentlichen doch dem Entzug demokratischer Kontrolle durch unsere nationalen Parlamente gleichkommt – und das mithilfe der erst recht nicht demokratisch legitimierten Komitologie, leider auch in der europäischen Sekundärgesetzgebung.

Gerne spricht man im Programm auch von Solidarität. Geschätzte Kollegen, Sie alle wissen: Solidarität ist nur das EU-Codewort für: Deutschland hat es zu bezahlen.

(Beifall bei der AfD)

Abgerundet wird das Ganze schließlich noch durch ein – wie könnte es auch anders sein – Migrations- und Asylpaket, – sprich: Deutschland darf sich schon einmal auf weitere Armutszuwanderung aus Afrika und dem Nahen Osten einstellen, und wehe einer von uns wagt es, hier aufzubegehren; denn dann wird unser angeblich so großer Wohlstand bemüht, wo wir doch eigentlich alle schon längst über Altersarmut reden müssten.

Geschätzte Mitglieder der Regierung, Sie als führende Vertreter des Freistaats Bayern sind hier in der Pflicht, über jeden denkbaren Kanal auf die Bundesregierung einzuwirken, dass dieses Programm, welches kaum weiter von originären deutschen und bayerischen Interessen entfernt sein könnte, wieder dorthin verschwindet, wohin es gehört, nämlich endgelagert im Giftschränk des Bundeskanzleramtes.

In diesen Tagen liegt es aber auch an Ihnen, geschätzte Kollegen hier im Hohen Hause, die Bundesregierung daran zu erinnern, von wem sie denn ihre Legitimation erfährt und wen sie deshalb verdammt noch mal in Brüssel auch zu vertreten hat: nämlich den deutschen, den bayerischen Bürger. Absichten wie etwa den Plan, Deutschland mit einem Saldo von rund 133 Milliarden Euro am sogenannten Wiederaufbauprogramm für den Süden der EU zu beteiligen, treffen auf weitere 135 Milliarden Euro aus dem unlängst eilig geschnürten Corona-Hilfspaket. Diese vielen Milliarden kommen aber einer Plünderung unserer Haushalte schon recht nahe, und sie belasten die Zukunft unserer Kinder, vor allem auch, weil große Teile davon nicht einmal als Darlehen, sondern als Zuschuss ausgezahlt werden sollen, womit auch die Perpetuierung des Reformstaus im Süden langfristig festgeschrieben werden dürfte, somit eine Lose-lose Situation, also fälschlich präsentiert als Solidarität. Da haben die Schmähungen der Deutschen in den italienischen Gazetten wohl das ihre dazu beige-

tragen; vor allem aber haben sie davon abgelenkt, dass Italien über die drittgrößten Goldreserven der Welt im Werte von momentan 125 Milliarden Euro verfügt und dieses Gold doch wohl für Notfälle gebunkert wurde, also genau für Fälle wie diese Pandemie.

Die Deutschen arbeiten im Durchschnitt bereits jetzt sieben Jahre länger als viele im Süden, und auch beim Medianvermögen liegen unsere Bürger deutlich hinter den ach ja so hilfsbedürftigen Südeuropäern. Und dennoch will diese EU mit dem Segen der deutschen Kommissionspräsidentin dem deutschen Bürger die Hauptlast dieses ungeheuerlichen und obendrein vertragswidrigen Rettungspakets auferlegen, was ja in Zukunft wohl auch beim sogenannten Green Deal wieder ähnlich laufen dürfte. Das spottet jedem Gerechtigkeitsverständnis, und das müssen auch Sie, geschätzte Kollegen, demnächst Ihren Wählern irgendwie zu erklären versuchen.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD unternimmt als die einzige wirkliche Oppositionspartei der deutschen Parlamente alles in ihrer Macht Stehende, um die Interessen der Bundesrepublik und seiner Bürger zu schützen, und zumindest die Vertreter der bürgerlichen Parteien hier im Hohen Hause sollten in den kommenden sechs Monaten unbedingt mit dazu beitragen.

Wir appellieren deshalb ein weiteres Mal an Sie: Wirken Sie aus Bayern auf diese Bundesregierung ein, sich endlich auf EU-Ebene deutlich stärker auch für deutsche Interessen einzusetzen und dringende Reformen in diesem Sinne anzuschieben, wobei uns als erster Schritt ja sogar schon genügen würde, wenn wenigstens die gemeinschaftlich unterzeichneten Verträge endlich einmal auch von allen Mitgliedsländern eingehalten würden; denn so bescheiden sind wir schon geworden.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächster Redner hat für die CSU-Fraktion der Kollege Dr. Martin Huber das Wort.

**Dr. Martin Huber (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Format nennt sich ja Aktuelle Stunde; aber das, was wir an Inhalt, Wortwahl und Duktus von der AfD gerade zu hören bekamen, erinnert eher an dunkle, ja sogar an dunkelste Stunden unserer Geschichte.

(Allgemeiner Beifall und Zurufe)

Sie wollen sich nicht den aktuellen Herausforderungen widmen, sondern die Zeit zurückdrehen. Sie wollen keine Aktuelle Stunde; Sie wollen eine dunkle Stunde wiederbeleben. Wenn Sie sich dennoch hier hinstellen, Herr Kollege Henkel, und gewissermaßen zwischen den Zeilen den Eindruck vermitteln, Sie wären ja eigentlich ein Pro-Europäer, kann ich nur sagen: Pro-Europäer und AfD – das ist so wie gegrillte Schneebälle. Das gibt es nicht!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn Sie sich dann auch noch hinstellen und sagen, Europa und die Europäische Union würden Unfrieden stiften, haben Sie im Geschichtsunterricht nicht aufgepasst, und Sie haben nichts gelernt; denn die Wahrheit ist doch, dass in den vergangenen Jahrzehnten keine politische Leistung mehr zu Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit beigetragen hat als die Europäische Integration. Die Europäische Union ist und bleibt das große Friedenswerk auf unserem Kontinent. Deswegen möchte ich schon darauf hinweisen: Scheitert Europa, scheitert die Europäische Union, dann scheitern wir auch in unserer Verantwortung vor der Geschichte.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die europäische Idee zieht aber ihre Kraft nicht nur aus der Vergangenheit – nein, die europäische Idee zieht ihre Kraft auch aus den Herausforderungen der Zukunft. Gerade wir in Bayern erleben, wie stark wir von Europa, von der Europäischen Union profi-

tieren. Sehen wir uns die Vernetzung unserer Wirtschaft an; sehen wir uns an, wie sehr Mittelstand und Handwerk vom europäischen Binnenmarkt profitieren. Europa ist für uns greifbar und erlebbar; Europa ist auch von unschätzbarem Wert.

Wir erleben das aber nicht nur wirtschaftlich; wir erleben das auch im Miteinander mit unseren Nachbarn. Später werden für die CSU-Fraktion noch zwei Kollegen aus der Oberpfalz sprechen, die gerade im Grenzgebiet zu Tschechien aus dem tagtäglichen Erleben davon berichten können, wie sehr die europäische Idee zum Zusammenleben der Menschen beiträgt.

Wir stehen heute hier, und Sie sprechen ein Thema mit der unsäglichen Wortwahl "marodes System endlich reformieren" an.

Europa und die Europäische Union stehen auch im Zuge der Corona-Pandemie vor einer historischen Herausforderung, einer Herausforderung, für die es ein starkes Europa braucht, die wir gemeinsam angehen müssen. Wir haben doch alle gemeinsam ein Interesse daran, Europa zu stärken und die anstehenden Herausforderungen anzupacken. Wir haben doch erlebt, wie sehr Lieferketten und Wertschöpfungsketten zusammenhängen und wie sehr auch bei uns im Lande die Auswirkungen spürbar waren, schon bevor politisch ein Lockdown beschlossen wurde. Zum Beispiel hat VW den Produktionsprozess doch schon eingestellt, bevor in Deutschland der Lockdown beschlossen wurde. Warum? – Weil Lieferketten und Wertschöpfungsketten zusammengebrochen sind.

Deswegen müssen wir uns doch auch überlegen, welche Lehren wir aus der Corona-Krise ziehen, wie wir aus dem durch Corona verursachten Strukturbruch heraus ein Europa stärken können und wie wir in manchen Bereichen hinsichtlich Wertschöpfungs- und Lieferketten unabhängiger werden können. Wir brauchen in kritischen Bereichen auch mehr Souveränität und auch mehr Unabhängigkeit, zum Beispiel auch, wenn es um die medizinische Ausrüstung oder die Herstellung von Medikamenten geht. Dafür brauchen wir ein starkes Europa, nicht ein schwaches Europa.



Deutschland wird dieses Thema mit aller Kraft angehen. Ziel ist es, Europa gemeinsam und zukunftsgerichtet wieder stark zu machen. Dazu brauchen wir natürlich auch Solidarität. Sie bringen dies hier schlaglichtartig in Misskredit. Natürlich lebt Europa vom Gedanken der Solidarität. Natürlich haben auch wir ein Interesse daran, unsere europäischen Nachbarn im Süden Europas zu unterstützen und ihnen zu helfen, ihnen aber auch immer klarzumachen, dass die Hilfen, die jetzt gegeben werden, der Not geschuldet sind, der Sondersituation geschuldet sind. Das hat nichts mit einer irgendwie gearteten Aushöhlung der Verträge zu tun, wie Sie das darstellen, sondern das hat mit einem gelebten Europagedanken zu tun, für den wir auch ganz entschieden stehen.

Sie sprachen hier an, dass der Green Deal in Ihren Augen völlig überflüssig ist. Ich meine: Wer den Klimawandel abstreitet, der hat natürlich auch für den Green Deal nichts übrig. Wir in Bayern gehen mit der Hightech Agenda unseres Ministerpräsidenten einen ganz anderen Weg. Diese Agenda macht auch deutlich, wie sehr wir Klimaschutz und Wertschöpfung zusammenbringen. Der gleiche Gedanke wohnt auch dem Green Deal auf europäischer Ebene inne. Wenn wir hier natürlich auch anpacken können, wenn wir als Europa, als erster klimaneutraler Kontinent auch Spitzentechnologie entwickeln, die wir dann auch exportieren können, dann ist der Green Deal genauso wie die Hightech Agenda in Bayern ein starker Punkt für Wertschöpfung sowie die Stärkung der Wirtschaft und damit eben auch für das Zusammenwachsen innerhalb der Europäischen Union.

Ich frage mich dann schon: Wer soll eigentlich diese großen globalen Herausforderungen stemmen, wenn nicht ein starkes Europa? – Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag wird diese globale Herausforderung nicht stemmen können. Deswegen brauchen wir ja auch mehr internationale Zusammenarbeit. Wenn wir den Blick etwas weiter lenken, stellen wir auch fest, wie sehr wir vor einer Herausforderung durch China stehen mit dem Projekt der neuen Seidenstraße, die natürlich weniger ein Projekt der Wirtschaft ist, sondern vor allem ein Projekt der Hegemonie, bei dem es darum geht,

die Einflussosphären zu erweitern, bei dem es natürlich auch darum geht, in einzelnen Ländern der Europäischen Union Einfluss zu nehmen.

Das alles sind doch Herausforderungen, die wir nur mit einem starken Europa, mit einem geeinten Europa anpacken können, damit wir im Konzert der Welt die europäische Stimme vertreten und auch für die europäischen Werte eintreten können, die uns ja – mit Ausnahme von Ihnen – auch allen so wichtig sind.

(Zuruf von der AfD: Wie denn genau? Erzähl noch mal!)

– Erzähl noch mal! – Ich wusste nicht, dass wir per Du sind, aber darauf lege ich ehrlich gesagt auch keinen großen Wert. Sie haben doch überhaupt nicht verstanden, was die Stunde geschlagen hat. Sie wollen doch die Uhr zurückdrehen. Sie wollen Europa ja nicht in irgendeiner Art und Weise verändern. Wir haben das hier im Plenum schon von einem Kollegen gehört, der auch im Europaausschuss ist. Er hat meine Frage, ob Sie denn den Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union anstreben, klipp und klar mit Ja beantwortet.

Ihnen reicht es nicht zu sehen, was der Brexit für ein Chaos verursacht. Sie wollen dieses Chaos, das beim Brexit herrscht, auch auf Deutschland übertragen. Das zeigt wieder einmal: Sie sind nicht in der Lage, Verantwortung zu übernehmen. Sie betreiben Populismus pur. Sie haben nicht verstanden, welche Aufgabe uns die Geschichte mitgegeben hat. Sie haben keine Ahnung, was der europäische Gedanke bedeutet, und Sie haben überhaupt keine Ahnung, was der europäische Gedanke gerade auch für einen Wirtschaftsstandort wie den Freistaat Bayern bedeutet und auch an Vorteilen bringt.

Es geht jetzt hier nicht darum, die Europäische Union in irgendeiner Art und Weise schlechtzureden. Es geht darum, dass wir im Zuge der Ratspräsidentschaft, die Deutschland ab dem 1. Juli innehat, Europa stärken, dass wir Europa zukunftsfest machen, dass wir Solidarität üben und dass wir insgesamt nach diesem Strukturbruch, den die Corona-Pandemie bedeutet, mit einem gestärkten Europa aus dieser Krise

herausgehen, um deutlich zu machen, dass wir gemeinsam einstehen für die Überwindung der Krise, dass wir gemeinsam einstehen für eine wirtschaftliche und soziale Erholung, dass wir einstehen für ein stärkeres und innovatives Europa, für ein gerechtes Europa, für ein nachhaltiges Europa, für ein Europa der Sicherheit und der gemeinsamen Werte, für ein starkes Europa in der Welt. Dafür gilt es jetzt zu kämpfen und nicht in irgendeiner Art und Weise in populistischer Wortwahl die Lehren aus der Geschichte zu vergessen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächstem Redner erteile ich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Kollegen Florian Siekmann das Wort.

**Florian Siekmann (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wissen Sie, was ich an Europa und der EU so sehr liebe? – Sie bringt Menschen zusammen, um gemeinsam mehr zu erreichen, als es jeder und jede Einzelne für sich betrachtet jemals könnte. Ich durfte das bei einem Forschungsaufenthalt in Schweden selbst erleben. Wir sehen es aber auch Tag für Tag überall in Europa. Wir müssen nur die Augen öffnen: Am CERN forschen europäische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit dem leistungsstärksten Teilchenbeschleuniger der Welt an den Grundsätzen der Physik. Österreich und Italien errichten unter dem Brenner das längste Eisenbahnbauwerk der Welt, um einen klimafreundlichen Verkehr von Nord nach Süd und Süd nach Nord zu ermöglichen. Es geht aber auch weniger spektakulär: Reisefreiheit, die Möglichkeit, überall in Europa zu arbeiten, zu leben und zu lieben und eine einheitliche Währung – all das hat man nur erreicht, weil die EU Menschen zusammengebracht hat, um Grenzen zu überwinden. Genau diese Aufgabe hat Deutschland während der EU-Ratspräsidentschaft.

Europa ist aber für mich noch viel mehr. Mein Europa weckt Hoffnung auf eine nachhaltige Zukunft. Die Klimakrise kommt auf uns zu, und die Auswirkungen wie Hitzesommer und Dürren spüren wir schon jetzt. Unser Ressourcenverbrauch ist nach wie

vor ungebrochen. Würde jeder auf der Welt so leben wollen wie ein Europäer oder eine Europäerin, bräuchten wir 2,8 Erden. So können und so dürfen wir nicht weiterwirtschaften. Das sage ich auch im Interesse der jungen Generation, die zu Recht in den letzten Monaten und im letzten Jahr lautstark klargemacht hat, dass sie um ihre Zukunft bangt. Sich diesen Entwicklungen entgegenzustellen und endlich einen nachhaltigen Pfad einzuschlagen, ist Aufgabe der deutschen Ratspräsidentschaft.

Der Green Deal muss daher Top-Priorität bekommen und darf nicht zu einem Nebenschauplatz der Ratspräsidentschaft werden. Wir müssen die Überwindung der Wirtschaftskrise mit der Bekämpfung der Klimakrise verbinden. Dafür muss das Pariser Klimaschutzabkommen essenzieller Bestandteil des Wiederaufbauprogramms werden. Wer das Klima schützt und in nachhaltige Technologien sowie nachhaltige Sparten investiert, schafft gleichzeitig zukunftsfähige Arbeitsplätze und trägt zum Zusammenhalt in der Europäischen Union bei.

Auf dem Weg zum klimaneutralen Kontinent brauchen wir aber auch klare Zwischenziele. Sonst, Herr Kollege Huber, wird das nämlich nichts mit der Klimaneutralität. Wenn wir nicht bereit sind zu sagen, dass wir bis 2030 65 % der Treibhausgas-Emissionen einsparen, wird uns auf dem Weg zum klimaneutralen Kontinent schlicht die Puste ausgehen.

Damit der Green Deal funktioniert, braucht er eine starke Finanzierung. Deswegen muss Deutschland bei den MFR-Verhandlungen den Mut beweisen, einen Finanzrahmen zu schaffen, der den Aufgaben der Europäischen Union wirklich gerecht wird.

Mein Europa verschließt nicht die Augen vor der Welt. Angesichts zunehmender Konflikte muss die EU endlich weltpolitikfähig werden. Grundlage der Außenpolitik muss ein klarer Wertekompass sein: Demokratie, Menschenrechte, Freiheit, Frieden. Es ist Aufgabe der deutschen Ratspräsidentschaft, die EU in der Außenpolitik mit einer Stimme sprechen und auch handeln zu lassen. Aufgaben gibt es genug. Noch immer gibt es keine humanitäre Lösung für das Elend an den EU-Außengrenzen. Noch immer

sterben Menschen im Mittelmeer; noch immer sind Menschen auf der Flucht in eine ungewisse Zukunft. Anstatt sich als Teil der Bundesregierung einer solchen Lösung zu widmen, hat beispielsweise Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer nichts Besseres zu tun, als kurz vor der Ratspräsidentschaft Verordnungen zu ändern, um Rettungsschiffen das Auslaufen ins Mittelmeer noch zu erschweren. Das ist schändlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen auch eine Partnerschaft mit Afrika, die endlich auf Augenhöhe und nicht auf Ausbeutung fußt. Herr Kollege Huber, Sie haben die Lieferketten angesprochen. Ich wünsche mir ein Lieferkettengesetz, damit sichergestellt ist, dass der Wohlstand, den wir hier haben, auch an die weitergegeben wird, die ganz unten in der Lieferkette daran mitarbeiten. Die Handelspolitik muss insgesamt zum Hebel werden für die Durchsetzung von Menschenrechten und einer wertebasierten Außenpolitik; denn unser Binnenmarkt ist außenpolitisch betrachtet der größte Schatz, den wir in Europa haben. Aber es gehört eben auch dazu, die Verantwortung zu zeigen, Handelsabkommen, die schlecht gemacht sind, wie Mercosur, zu stoppen, neu zu verhandeln und den Erhalt von Lebensgrundlagen sowie Klimaschutzziele als elementare und verpflichtende sowie durchsetzbare Bestandteile aufzunehmen.

Mein Europa ist auch eine Rechtsgemeinschaft, in der die Stärke des Rechts mehr zählt als das Recht des Stärkeren oder des Lautesten. Unsere Grundwerte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen wir entschieden gegen alle verteidigen, die darauf herumtrampeln, seien es Demokratiefeinde wie Viktor Orbán in Ungarn oder rechts außen hier im Parlament.

(Widerspruch bei der AfD)

– Sie fühlen sich ja angesprochen. Das finde ich gut und richtig.

(Zurufe von der AfD)

Die Demontage des Rechtsstaates und der Justiz – wie in Polen passiert – dürfen wir nicht hinnehmen. Dass Richterinnen und Richter eingeschüchtert werden, kann nicht sein. Die Ausgrenzung von Minderheiten, zum Beispiel durch LGBT-freie Zonen in Polen oder in Ungarn durch Gesetze, die Menschen um ihre Selbstbestimmungsrechte bringen, indem sie nicht mehr über ihr Geschlecht entscheiden können, dürfen wir nicht hinnehmen. Auch die Einschränkung der Pressefreiheit, die um sich zu greifen droht, wenn Journalistinnen und Journalisten in Ungarn vorgeschrieben wird, worüber sie schreiben sollen, wenn Listen geführt werden, wenn eine Genehmigung eingeholt werden muss, bevor man über Greta Thunberg berichten kann, dürfen wir nicht hinnehmen.

All das hat in der EU keinen Platz und wird es niemals haben. Den feuchten Traum von Rechtsaußen von einem nationalistischen Europa der Vaterländer werden wir ebenso trockenlegen wie die Sümpfe von Korruption, Ausgrenzung, Hass und Hetze, die sich in den vergangenen Jahren in einigen Mitgliedstaaten ausgebreitet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Damit das gelingt, muss die Bundesregierung endlich entschiedener handeln; dazu wollen wir sie antreiben. Der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus zur Überprüfung der Mitgliedstaaten muss konsequent und zügig implementiert werden. Die Bindung der europäischen Mittel an die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist essenziell; denn wer profitieren will, der muss eben auch unsere Grundwerte einhalten. Das gilt genauso für die Wirtschaft. Dazu vermisse ich eine klare Botschaft: Wer all die wirtschaftlichen Vorteile Europas genießen will, wer Bestandteil all dessen sein will, der muss auch unsere Grundwerte achten. – Das sollte die Bundesregierung während ihrer Ratspräsidentschaft unmissverständlich klarmachen.

Mein Europa ist aber auch Verfassungsauftrag im Bund und in Bayern. Zitat:

Bayern bekennt sich zu einem geeinten Europa, das demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen [...] Grundsätzen [...] verpflichtet ist [...].

So steht es in Artikel 3a unserer Bayerischen Verfassung. Geeint, nicht getrennt! Ich wünsche mir, dass die Bayerische Staatsregierung das zum Anlass nimmt, sowohl die Grenzpolizei aufzulösen als auch die Grenzkontrollen endlich zu beenden und sie dorthin zu verfrachten, wohin sie gehören: in die Mottenkiste der CSU-Wahlkampfschlager, gleich neben die Pkw-Maut.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich wünsche mir, dass man das Demokratische, das in der Verfassung betont wird, zum Anlass nimmt, nach jahrelangem Hofieren von Despoten wie Viktor Orbán endlich den Mut zu beweisen, sich als Staatsregierung klar zu positionieren und Bayerns Möglichkeiten als wichtigster Handelspartner Ungarns zu nutzen, um Einfluss auf die dortige Situation im Interesse der Menschen zu nehmen.

Zuletzt zum Sozialen: Das heißt, auch als Freistaat Bayern allen eine Teilhabe an Europa zu ermöglichen. Wenn ich zum Beispiel in den Bereich des Schülerinnen- und Schüleraustauschs schaue und sehe, für wen Europa erlebbar wird, dann stelle ich fest, dass es zu 80 % die Schülerinnen und Schüler der Gymnasien und nur zu 3 % die der Mittelschulen sind. Wenn ich aber ein soziales Europa möchte, dann habe ich die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass es für alle jungen Menschen in Bayern tatsächlich erlebbar wird.

Sie sehen, für die Bayerische Staatsregierung gibt es mehr als genug Möglichkeiten, während der deutschen Ratspräsidentschaft selbst aktiv zu werden und Akzente zu setzen – im europäischen Interesse.

Mein Europa lernt nicht zuletzt auch aus Krisen. Die Pandemie hat viele Mitgliedstaaten ins Nationale bzw. Nationalistische zurückfallen lassen. Grenzsicherungen, Exportstopps von Medizingütern und verhallende Hilferufe haben den Beginn der Pandemie geprägt. Aber die EU ist dann am stärksten, wenn Sie vom Geist der Solidarität erfüllt ist. Wir sehen gerade, dass diese Solidarität schrittweise zurückkommt: Patien-

tinnen und Patienten wurden aufgenommen, auch auf unseren Vorschlag und den der SPD hin. Wichtige medizinische Güter wurden geliefert.

Endlich wird auch über finanzielle Solidarität gesprochen. Ich bin der CSU ehrlich dankbar, dass sie bei diesem Thema über ihren eigenen Schatten gesprungen ist und erkannt hat, dass es notwendig ist – zum Zusammenhalt innerhalb Europas, aber auch zum wirtschaftlichen Nutzen Deutschlands –, ein gemeinsames Wiederaufbauprogramm zu schaffen, und dass man auch die Bereitschaft hat, Zuschüsse an Staaten wie Italien oder Spanien auszuzahlen. Der gemeinsame Wiederaufbaufonds wird einer der wichtigsten, einer der entscheidenden Bausteine sein, die Deutschland jetzt klug verhandeln muss. Dabei sollte sich Deutschland nicht von den "sparsamen Vier" ins Bockshorn jagen lassen.

Eine nachhaltige Zukunft im Blick, Verantwortung in der Welt, eine starke Rechtsgemeinschaft, der Verfassungsauftrag in Bayern und allzeit bereit, aus Krisen zu lernen – das ist mein Europa. Es sollte auch das Europa sein, auf das die deutsche Ratspräsidentschaft hinarbeitet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächster Redner hat für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Tobias Gotthardt das Wort.

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind zu unserem Glück vereint. – Dieser Satz stand am Ende der letzten deutschen Ratspräsidentschaft 2007 und am Anfang der Berliner Erklärung zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge. Er hat bis heute nichts von seiner Aktualität verloren.

Ich bin mir sicher, alle demokratischen Kräfte hier im Haus werden diesen allgemeinen Grundsatz unterschreiben: Wir in Europa sind zu unserem Glück vereint. Wir glauben an die Idee Europa.



(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dies gilt gerade in Bayern, im Herzen Europas. Wir sind Brückenbauerland. Wir leben Europa – gemeinsam mit unseren Freunden und Nachbarn in Tschechien und Österreich.

Wir sind Europa, ungeachtet aller Differenzen, Diskussionen und unterschiedlichen Perspektiven auf das System Europa, die alle ihre Berechtigung haben, mehr noch, die wir sogar brauchen. Lassen Sie uns trefflich streiten über das System Europa. Lassen Sie uns im gemeinsamen Haus Europa diskutieren. Dafür haben wir es gebaut.

Wir sind und bleiben eine schrecklich nette Familie, vereint unter dem Dach der Demokratie, der Freiheit und des Friedens. Miteinander reden statt übereinander, Probleme am Runden Tisch lösen und nicht auf dem Schlachtfeld – das ist die unglaublich starke, die menschliche Idee Europa. Das ist das Glück, das uns in der EU vereint. Wer das nicht verstanden hat, der tut mir leid. Der hat aus zwei Weltkriegen nichts, aber auch gar nichts gelernt. Der hat keine Idee für Europa.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Genau die aber brauchen wir jetzt. Wir brauchen eine Vision, wie es weitergehen kann, wie wir uns den neuen Herausforderungen am besten stellen.

Wir brauchen jetzt schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.

So hat es Robert Schuman 1950 in seiner Erklärung formuliert – wohlgemerkt: keine fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Quel Courage! Welch ein Mut! Ich meine, auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft muss eine mutige sein. Sie braucht Visionskraft und konkrete Ideen.

Die Aufgaben sind riesig: Haushalt und Mehrjähriger Finanzrahmen, "Lessons learnt" aus der Corona-Krise, der Recovery Fund, eine gemeinsame Asylpolitik, Klimaschutz

und Digitalisierung, die Beziehungen zu China, der Brexit, Europas allgemeine Rolle in der Welt – ich könnte die Liste lange fortführen.

Lassen Sie mich einige Punkte herausgreifen, die aus bayerischer Sicht von entscheidender Bedeutung sind:

Punkt eins – die künftige Finanzierung Europas. Klar ist: Europa braucht Geld für die Aufgaben, vor denen es steht. Uns muss auch klar sein: Viele Aufgaben kosten bei einem europäischen Ansatz einen Bruchteil dessen, was wir bei nationalen oder regionalen Alleingängen zu bezahlen hätten.

Nur ein Beispiel: die Flüchtlingspolitik. Kein Mensch glaubt doch, dass wir Migration allein an den bayerischen Grenzen regeln. Wir erzeugen oder verhindern Migration dort, wo sie entsteht, aus unterschiedlichsten Gründen, von außen nach innen. Die Antwort darauf kann nur eine europäische sein. Sie braucht den globalen Anspruch.

Unser Anspruch als FREIE WÄHLER ist genau diese Perspektive. Wie pervers ist es denn, bei globalen Herausforderungen die nationalen Rolläden herunterzuziehen. Machen wir eine europäische Entwicklungspolitik, die ihren Namen verdient! Wir sehen Afrika als Partner auf Augenhöhe, von dessen Entwicklung beide Seiten profitieren.

Bayern geht diesen Weg übrigens im Kleinen, und manch einer mag uns für unsere bayerische Afrikastrategie belächeln. Ich sage Ihnen: Klein, aber oho! Wir beweisen damit mehr Weitblick als so mancher Präsident in Übersee.

Bleiben wir bei den Finanzen. In der Aufarbeitung der Corona-Krise, so heißt es, schlägt die Stunde Europas. – Ja, das stimmt. Dennoch müssen wir uns angesichts der gewaltigen Herausforderung genau überlegen, was wir tun. Wir haben jeden Euro, jeden Cent nur ein einziges Mal. Erlauben wir plötzlich europäische Schulden, für die es keinerlei vertragliche Grundlage gibt, oder fokussieren wir uns auf langfristige, verlässliche Kredite unter Freunden, die den Geschwächten Luft zum Atmen, Raum für Reformen geben? Konzentrieren wir uns auf die Lösung von der Pandemie verursach-

ter Verwerfungen, oder geben wir Abermilliarden in längst verfahrenere Strukturen? Auch hier gilt: Wir müssen diese Debatte offen und öffentlich führen, um die Menschen auf dem Weg nicht zu verlieren.

Wenn unsere Bürgerinnen und Bürger allein 800 Euro pro Kopf für Zuschüsse an andere EU-Länder auf den Tisch legen sollen, dann muss ihnen das jemand erklären, dann müssen wir darüber reden. Wenn Deutschlands Beitrag zum EU-Haushalt um mehr als 40 % steigen soll, dann kommen berechnete Fragen und Zweifel auf. Noch einmal: Wir haben jeden Euro, jeden Cent nur ein einziges Mal. Dann zu den Umsichtigen, zu den sparsamen Vier, Fünf, Sechs oder Sieben zu zählen, Kollege Siekmann, ist keine Schande. Es ist Weitblick!

Ich will, dass ganz Europa wirtschaftlich wieder auf die Beine kommt, sich sozial erholt, weil das auch uns in Bayern als Exportregion unglaublich schützt und nützt. Genau deshalb muss man auch über die Spielregeln reden dürfen. 1,8 Billionen Euro sind kein Pipifax. Corona-Hilfen sind kein Stopfgarn für vergessene Reformen. Die aktuelle Krise sitzt so tief, dass jeder Cent zielgenau wirken muss. Das ist unser Anspruch an 1,8 Billionen Euro Corona-Hilfen. Das ist, glaube ich, nicht zu viel verlangt. Ich bin überzeugt: Wenn wir heute wissen, dass mit Hilfen für Italien zum Beispiel Krankenhäuser aufgebaut werden, dass diese Hilfen die Energie-Infrastruktur im Land auf Vordermann bringen, dauerhafte Unabhängigkeit garantieren und damit auch langfristig Lieferketten nach Bayern sichern, dann kann ich diese Maßnahmen auch verkaufen und vertreten, dann nehme ich die Menschen mit.

Das Gleiche gilt für den Green Deal. Wir dürfen ihn gerade nach Corona nicht mit der rosa Brille sehen. Realismus ist angesagt. Ja, wir wollen Klimaschutz; ja, wir wollen Innovation, die unserer Umwelt dient. Aber dann rücken wir das auch in den Fokus des Grünen Deals. Fördern wir grüne Innovation "made in Europe".

Ein Beispiel ist Wasserstoff. Bayern hat vorgelegt. Hubert Aiwangers Wasserstoffstrategie ist heute wegweisend für Deutschland und Europa. Berlin hat nachgezogen, Brüssel folgt am 7. Juli.

Das ist konkreter Umweltschutz und Klimaschutz. Packen wir's an: Heute handeln, statt über morgen zu reden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Konzentrieren wir uns darauf, und vermeiden wir bürokratische Kollateralschäden des Green Deal, in der Taxonomie zum Beispiel. Strangulieren wir unseren Mittelstand, unsere Sparkassen und Volksbanken nicht durch grüne Ziele, die uns am Ende die rote Karte zeigen.

Gleiches gilt für die Landwirtschaft. Wer 40 % des Etats dem Klimaschutz widmen will, ohne konkret zu sagen, wie, der baut auf Sand. Unsere Landwirte brauchen Perspektiven, und wir brauchen unsere Landwirte. Regeln, die unseren mittelständischen Familienbetrieben schaden, tragen wir nicht mit.

Ein anderes Thema ist Europas Rolle in der Welt. Wir stellen unglaublich hohe Ansprüche an uns selbst. Wir sind einer der größten wirtschaftlichen Player in der Welt. Da braucht es Rückgrat. Das muss sich auch im globalen Handel zeigen. Vogel-Strauß-Politik, den Kopf in den Sand zu stecken, geht nicht. Beispiel China: Klar, wir wollen den Handel mit Asien, aber nicht zu jedem Preis. Menschenrechte sind eine harte Währung. Mit ihr sollten wir bezahlen. – Kopf hoch, Europa! Du kannst gerade stehen, dafür und für vieles andere.

Das gilt übrigens auch beim Thema Religionsfreiheit. Den europäischen Beauftragten dafür abzuschaffen, war ein schwerer Fehler von der Leyens. Ihn wiedereinzuführen, sollte ein Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft sein.

"Lessons Learned" muss auch bei Corona gelten. Europa hat in der Krise nicht wesentlich versagt. Wir waren aber in vielen Bereichen nicht auf sie vorbereitet. Genau

das müssen wir ändern. Ich habe deshalb mit Kollegen im AdR einen europäischen Gesundheitsnotmechanismus gefordert, der jetzt unter dem Titel "EU4Health" auch eingerichtet wird. Ich sage: Wir brauchen 30 % europäische Medikamente in der öffentlichen Beschaffung.

Letzter Punkt: Machen wir das nächste Halbjahr zu einer Ratspräsidentschaft der Regionen. Wer, wenn nicht das föderale Deutschland, sollte einstehen für ein bürgernahes Europa der Regionen? Wir wollen eine aktive Position der Landtage. Statistenrollen stehen uns einfach nicht. Wir reden mit, gestalten mit, wir erden Europa. Wir wollen eine Reform des AdR als parlamentarische Versammlung und dritte Kammer. Vom Europa der Regionen zu reden, ist einfach, es zu schaffen, ist unser Anspruch, gerade in Zeiten nationaler Dissonanzen.

Lassen Sie mich mit der Beschreibung einer persönlichen Erfahrung, eines Moments, den ich niemals vergessen werde, schließen. Ich stand am 3. Mai 2004, kurz nach der EU-Osterweiterung, vor dem Europäischen Parlament in Straßburg als Mitarbeiter. Die Fahnen der neuen Mitglieder wurden hochgezogen, die Ode an die Freude wurde gespielt. Neben mir eine neue polnische Kollegin. Wir haben uns angesehen, haben uns angelächelt, haben beide geweint. Wir haben uns bei der Hand genommen und haben verstanden: Wir in Europa sind zu unserem Glück vereint. – Hüten wir diesen Schatz, egal, was kommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die SPD-Fraktion hat als Nächster Herr Kollege Markus Rinderspacher das Wort.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen in Europa waren in den letzten Monaten weitreichenden Abständen und Distanzen ausgesetzt. Dennoch betone ich: Sie waren auch so nahe beieinander wie selten zuvor. In allen europäischen Ländern, insbesondere in Italien und in Spanien, waren die Herausforderungen für viele Menschen, für

viele Frauen und Männer, immens. Es gab viele schlimme Schicksale. Und bei uns, auch in Bayern, wurden den Bürgerinnen und Bürgern mit dem Lockdown viel Disziplin, Geduld und Beharrlichkeit abverlangt. Ihnen gilt unser Dank, unser Respekt und unsere ganze Anerkennung.

Die Krise zeigt: Die Menschen in Europa sind willens und bereit, sich gemeinsamen Herausforderungen zu stellen. Sie stehen zusammen, und sie wissen: Unsere gemeinsame Zukunft in Europa meistern wir nur mit Zusammenhalt.

Deutschland übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft in einer Zeit existenzieller Herausforderungen: Der Brexit und der mittelfristige Finanzrahmen sind nur zwei Beispiele schwieriger Perspektiven. Aber wir dürfen auch festhalten, dass manches bereits auf einem guten Weg ist. Ein historisches Wiederaufbauprogramm für die Post-Corona-Zeit, das kreditfinanzierte, erstmalige Recovery Program, zeigt die Bereitschaft, überkommene Denkrahmen zu sprengen und neue Wege zu beschreiten, um die EU institutionell zukunftsfester zu machen.

Europa, ja die ganze Welt, blickt mit Anerkennung auf das kraftvolle deutsche Krisenmanagement in der Corona-Krise. Europa erwartet jetzt den gleichen Mumm, die gleiche Weitsicht und das deutsche Verhandlungsgeschick, um Zusammenhalt zu fördern und einen Aufbruch aus der Krise zu organisieren. Dabei gilt es nun, die richtigen Rückschlüsse aus der Krise zu ziehen; denn Corona hat wie in einem Brennglas gezeigt: Ein reiner Binnenmarkt allein schafft keine soziale Wärme. Ein reiner Binnenmarkt allein löst kein Wohlstandsversprechen ein, an dem alle teilhaben. Ein reiner Binnenmarkt allein schafft Instabilität und Bedrängnis, insbesondere in der Krise, statt Vorsorge und Sicherheit. Und mit der Logik des reinen Binnenmarkts allein kann dieser sich in der Krise noch nicht einmal selbst retten. Er ist auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen.

Deshalb sage ich: Der politisch organisierte neo-liberale Kontrollverlust von Privatisierungswahn und Deregulierung muss auf die kritische Agenda der Europäischen Union gesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort darauf kann nur ein sozial-ökologisches Modell sein, das nicht den Konzernen und seine Bilanzen, sondern den Menschen mit seinen existenziellen Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt. Mitunter raubtierkapitalistische Entsolidarisierung – das muss das Gestern gewesen sein. Die Post-Corona-Zeit soll die Epoche eines besseren Europas einläuten. Das ist für uns staatliche Daseinsvorsorge statt bloße Gewinnmaximierung, Renditensteigerung und Shareholder Value. Das ist Sozialpartnerschaft und europäischer Mindestlohn, das ist eine Arbeitslosenrückversicherung, die die Euro-Zone krisensicherer macht. Das ist eine Garantie, Kinderarmut zu bekämpfen, das ist eine faire Steuerregel, nach der sich amerikanische Digitalkonzerne nicht der Gemeinwohlorientierung entziehen können. Das ist ein Green Deal, der in erneuerbare Energien, in klimaverträgliche Verkehrssysteme, in faire und gesunde Lebensmittel, in eine kreislauforientierte Wirtschaft, in die Modernisierung unserer Industrie und unserer Kommunen investiert, und das ist auch Verantwortung über die EU-Grenzen hinaus, für eine echte Partnerschaft mit unserem Nachbarkontinent Afrika, mit einem Lieferkettengesetz, das weltweiter Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft und natürlichen Ressourcen den Kampf ansagt.

Die deutsche Ratspräsidentschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unsere Chance und muss Anspruch sein. Sie soll der Auftakt für eine Zeitenwende sein. Die EU braucht vertiefte Strukturen, zuverlässige Ressourcen und wirksame Kompetenzen, ihre Werte nach innen und nach außen zu verteidigen. Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – in der Weltordnung des 21. Jahrhunderts drohen diese Werte unter die Räder zu kommen, und Xi Jinping, Wladimir Putin und leider auch Donald Trump werden mit Verachtung und Würdelosigkeit diese Werte nicht verteidigen. Deshalb muss von der deutschen Ratspräsidentschaft auch das Signal ausgehen: Men-

schenwürde, Respekt, Toleranz und Vielfalt machen die Grundidee von Europa aus, auch und mehr denn je in einer sich verändernden Weltordnung im 21. Jahrhundert. Europa ist das strahlende Leuchtfeuer der freien Welt. Lassen Sie uns dafür gemeinsam arbeiten!

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächstem erteile ich für die FDP-Fraktion dem Herrn Kollegen Martin Hagen das Wort.

**Martin Hagen (FDP):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Henkel hat die griechische Mythologie bemüht, eingangs von Europa gesprochen und sich kurz danach über die Migration aus dem Nahen Osten echauffiert.

(Zuruf)

– Ich habe alles verstanden, Herr Kollege. Passen Sie auf; dann lernen Sie noch etwas dazu.

(Unruhe)

– Freuen Sie sich, solange Sie noch in der ersten Reihe sitzen dürfen. Ihre Fraktion wird Sie ja demnächst in die hinteren Reihen verbannen. Wir freuen uns darauf.

Herr Henkel, Ihnen ist als Bildungsbürger sicherlich bekannt, dass Europa die Tochter eines phönizischen Königs war. Die Phönizier stammen nun einmal nicht aus "Germanien", sondern aus dem Raum, den man heute als Libanon, Syrien oder Israel kennt, also genau aus dem Nahen Osten, über den Sie gesprochen haben.

(Beifall bei der FDP)

Und weil Sie sich auch über den Club Med verächtlich geäußert und sich über ihn lustig gemacht haben, der angeblich das deutsche Geld aufsaugt und zu den Empfän-



gern in Europa gehört: Italien ist der drittgrößte Nettozahler in der EU. Wissen Sie, wer die größten Nettoempfänger sind? – Das sind Polen und Ungarn, also die rechtspopulistischen Staaten, denen Sie sich so nahe fühlen. Das ist die Realität, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP und Zurufe)

Meine Damen und Herren, Deutschland übernimmt die Ratspräsidentschaft in turbulenten Zeiten. Wir stehen vor der Bewältigung einer in den vergangenen fünfzig Jahren einmaligen Pandemie. Wir stehen vor der Bewältigung einer Wirtschaftskrise unbekanntes Ausmaßes. Wir stehen vor technologischen Umbrüchen. Wir stehen vor der Herausforderung des Klimawandels. Wir stehen vor einer demografischen Entwicklung, stehen vor der Alterung der Europäischen Gesellschaft.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft muss zu einem Aufbruch führen, übrigens dem Aufbruch, den uns die Große Koalition in ihrem Koalitionsvertrag versprochen hat. Dort war von einem neuen Aufbruch für Europa die Rede.

Schauen wir uns an, wie dieser Aufbruch aussieht: Am Montag hat der Koalitionsausschuss in Berlin einen Beschluss zur deutschen Ratspräsidentschaft gefasst. Der Beschluss ist zehn Zeilen lang. Wir lesen da, "Leitgedanken der deutschen EU-Ratspräsidentschaft" seien "ein stärkeres und innovativeres Europa, ein gerechtes Europa, ein nachhaltiges Europa, ein Europa der Sicherheit und der gemeinsamen Werte" und "ein starkes Europa in der Welt".

(Beifall bei der FDP)

Das ist alles nicht falsch – wer würde dem widersprechen, meine Damen und Herren? –, aber für den Auftakt einer Ratspräsidentschaft und bei so großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, ist das in so bewegten Zeiten dann doch etwas dünn.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Ratspräsidentschaft, die dieses Versprechen eines Aufbruchs für Europa auch tatsächlich einlöst. Sie darf keine bloße Krisen-, sie muss eine Zukunftspräsidentschaft sein. Europa braucht Reformen. Europa

muss demokratischer werden. Europa muss seine Gesundheitskompetenzen stärken. Europa muss den Green New Deal so umsetzen, dass gezeigt wird: Klimaschutz und Wohlstand sind keine Widersprüche. Europa muss seine Grundwerte verteidigen. Wir brauchen einen Rettungsschirm für Grundwerte und Rechtsstaatlichkeit in Europa. Grundwerte und Rechtsstaatlichkeit werden dort bedroht, wo Ihre Freunde, meine Damen und Herren von der AfD, regieren.

Wir brauchen gerade auch angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, ein Europa mit stabilen Finanzen. Meine Damen und Herren, wir brauchen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, ein Europa der Freizügigkeit, ein Europa, das also ganz anders aussieht als das Europa, das sich die Antragsteller dieser Aktuellen Stunde wünschen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Verehrte Präsidentin, sehr geehrtes Hohes Haus! Europa marode? – Fragt man den Bürger, bekommt man häufig Ratlosigkeit vor Augen geführt, meistens sogar etwas Negatives.

Herr Gotthardt, wenn Sie meinen, man müsse einen Schatz hüten, dann meinen die Bürger bestimmt nicht, dass die EU dieser Schatz sei.

(Zuruf)

Heute werden viele Argumente ausgetauscht. Eines, das man immer hört: Die EU mache uns zu einem starken Exportland. – Ja, wir sind ein starkes Exportland. Wir zahlen die Exporte in die europäischen Länder über die Target2-Salden aber selber. Sie als Finanzfachleute wissen das: Es ist knapp eine Billion an Schuldnerschaft der anderen aufgelaufen.

Ja, Deutschland war auch vor Bestehen der EU schon Exportland. Zu Zeiten der EWG waren solche Außenstände nicht zu verzeichnen.

Nein, die EU ist auch keine Demokratie im Sinne einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie wir sie verstehen. Wer hat denn die Macht? – Die Macht wird nicht mit dem Parlament geteilt. Das EU-Parlament hat nach wie vor keinen demokratisch-legislativen Einfluss. Es darf absegnen, was die anderen, was die Exekutivräte, beschließen.

Ja, in Europa werden wichtige Entscheidungen von den Organen, von der EU-Kommission und auch von der EZB getroffen. Unter den Entscheidungen der Letzteren leidet der deutsche Bürger ganz besonders. Nullzinspolitik und Staatsanleihen führen zu Verschuldung. Wer zahlt am Schluss aufgrund unserer Garantieverträge die Zeche? – Ja, die deutschen Sparerinnen und Sparer! Diese wissen das sehr wohl und sehen deshalb in der EU keinen Schatz.

Deutschland wird demnächst – das ist während der EU-Ratspräsidentschaft wahrscheinlich ganz willkommen – 40 Milliarden Euro zahlen; das sind 40 % an EU-Beiträgen mehr als bisher. Na ja, die Briten sind ausgestiegen.

Die EU versagt in wichtigen Gemeinschaftsaufgaben. Einige wurden heute genannt. In der Asylpolitik, der Zuwanderungspolitik, der Außenpolitik und der Verteidigungspolitik gibt es keine Gemeinsamkeiten. Es gibt nicht einmal einen gemeinsamen Sozialstandard für alle EU-Länder. Darum haben wir jetzt zum Beispiel das Problem mit Tönnies. Wir haben keine gleichen Lebensverhältnisse. Darum gibt es eben auch

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege!

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** den Zuwanderungsausgleich. – Ich komme zum Schluss.

Mir ist deshalb ein Deutschland der Einheit, der Freiheit

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege!

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** und der Gerechtigkeit lieber als eine undemokratische, marode EU.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, ich will darauf hinweisen, dass Sie zwei und nicht drei Minuten Redezeit haben. Einfach beim nächsten Mal dran denken!

(Heiterkeit)

Ich nutze vielleicht die Pause ganz kurz dazu, die Kolleginnen und Kollegen darüber zu informieren, dass der Landtag von Rheinland-Pfalz auf Beschluss des Ältestenrates die Sitzung des Plenums abgesagt hat, weil bei einem der Kollegen ein COVID-19-Verdacht besteht.

Ich bedanke mich bei allen, die sich ordnungsgemäß an unsere Entscheidungen halten und eine Maske tragen. Ich bitte alle, dies zu befolgen; das Coronavirus ist einfach noch immer präsent. Letztendlich ist es zum Schutz von uns allen. Damit Sie das alle wissen, war es mir wichtig, das zwischendurch mitzuteilen.

Als Nächster hat der Kollege Dr. Gerhard Hopp für die CSU-Fraktion das Wort.

**Dr. Gerhard Hopp (CSU):** Hohes Haus, Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Aktuellen Stunde zum Thema Europa habe ich mich auf die Themen EZB und den Wiederaufbaufonds vorbereitet. – Kollegen von der AfD, ich habe Ihnen aber sehr gut zugehört. Deswegen werde ich einige andere Punkte ansprechen. Ich habe Ihnen zugehört, als Sie von "Räubern" gesprochen haben, von "Monstern", von einem "Moloch", von "Verrat", von einem "maroden System", von einem "Giftschrank".

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe diese Wortwahl und die Auswirkungen dieser Wortwahl in gewissem Umfang während den letzten Wochen und Monaten bei meiner Arbeit zu Hause in der Grenzregion zu Tschechien erleben müssen. Ich

habe erlebt, wozu eine Politik führt, die spaltet, populistisch arbeitet und die Menschen voneinander trennt.

In den letzten Jahren habe ich als Vertreter aus der Grenzregion des Landkreises Cham – aufgewachsen bin ich zehn Kilometer von der Grenze entfernt – hier im Hohen Haus immer darüber berichtet: Wir sind das Herz Europas. Das Herz von Europa schlägt in der Oberpfalz, weil Europa zusammenwächst,

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

weil die Grenzen offen sind, weil – Kollege Rinderspacher hat es angesprochen – die Menschen näher zusammengedrückt sind.

Liebe Kollegen der AfD, wir haben in den letzten Monaten zwischen Bayern und Tschechien eine Trennung erlebt. Wir hatten bezüglich Corona zwischen Bayern und Tschechien eine ganz andere Situation als zwischen Bayern und Österreich. Die Grenze wurde über Monate nicht nur kontrolliert, die Grenze war geschlossen, die Menschen waren getrennt. Es gab persönliche Schicksale. Arbeitnehmer und Pendler wurden diffamiert. Wodurch wurden sie diffamiert? – Durch Fake News, die durch die populistischen Parteien auch auf der anderen Seite der Grenze mit falschen Nachrichten befeuert wurden. Ängste gegenüber Deutschen wurden geschürt. Alte Ressentiments wurden bedient.

(Zuruf von der AfD)

– Hören Sie zu, vielleicht lernen Sie auch etwas dabei! – Befeuert wurde dadurch, dass man eine Wortwahl getroffen hat, die nicht angemessen war und die vor allem eines geschürt hat: Ängste.

Liebe Kollegen der AfD, dieser Politik muss man entgegentreten, frühzeitig entgegentreten, man darf nicht darüber hinweggehen, weil die Auswirkungen verheerend sind. Diese Auswirkungen waren verheerend. Die Lösungen, die Sie heute wieder einmal

angeboten haben, wären verheerend, wenn Ihnen die Menschen – sie tun es zum Glück bei uns nicht – folgen würden.

Was sind denn Ihre Lösungen? – Ihre Lösungen sind: Wir leugnen Corona. – Ich habe gestern in der Zeitung gelesen: Corona-Fehlalarm in der Welt. – Was passiert in der ganzen Welt, sei es in Großbritannien, sei es in den USA oder Brasilien, wo Ihre Kollegen als Leugner unterwegs sind? – Menschen sterben! Menschen sterben! Fast 50.000 Menschen sind bisher in Großbritannien an Corona gestorben. In dieser Woche fast 30.000 Neuinfektionen innerhalb eines Tages allein in den USA.

Was ist Ihre Lösung gegenüber diesen Herausforderungen? – Nationalisierung, Zurückgehen auf die eigenen Staaten, die angeblich die Lösung bringen, oder sogar Sparen. Wir haben vor fast einhundert Jahren – 1929 – gesehen, wie es in einer Weltwirtschaftskrise vorangeht oder eben nicht vorangeht, wenn wir nur nationale Lösungen und einen Rückzug auf die eigenen Grenzen durchführen. Eine Katastrophe ist über Europa hereingebrochen. Vielleicht haben Sie ein Interesse daran, dass es nicht gut durch eine Wirtschaftskrise geht, liebe Kollegen der AfD.

(Zurufe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe in den letzten Monaten erlebt, dass die Polizei mitten in den Wäldern zwischen Bayern und Tschechien kontrolliert hat, dass Menschen zurückgeschickt wurden, dass Existenzen vernichtet wurden und dass wir – manche Kollegen hier im Saal waren mit dabei – für eine Öffnung der Grenzen und gegen eine Unverhältnismäßigkeit demonstrieren mussten. Wir haben uns gemeinsam mit den Bürgermeistern in Tschechien zum Beispiel jeden Tag dafür eingesetzt, dass wir vernünftig und gemeinsam – das ist die Botschaft, die ich heute vermitteln möchte – mit der Corona-Krise umgehen. Alleine kann kein Land der Welt die Corona-Krise und vor allem nicht ihre Auswirkungen bewältigen. Wir müssen hier zusammenarbeiten. Europa muss funktionieren. Europa ist nicht perfekt. Europa muss reformiert werden. Das ist von vielen Kollegen schon angesprochen worden.

Der Europäische Wiederaufbaufonds ist natürlich auch für uns als CSU ein gar nicht einfacher Schritt. Es ist kein einfacher Schritt, hier begrenzt Kredite zu gewähren. Aber er ist damit verknüpft, dass Staaten selbst auf die Beine kommen und selbstständig und eigenverantwortlich tätig sein können. Das ist der europäische Gedanke: Solidarität. Gerade Deutschland und Bayern haben Interesse an einem starken Europa. Europa kann nur stark bleiben, wenn es als Ganzes stark ist. Nur dann werden wir als Bayern profitieren.

Aber wenn Politiker – oder Leute wie Sie, die sich für solche halten – mit dieser Wortwahl auftreten, mit "Spaltung", mit "Räubern", mit "Monster", mit "Moloch", mit "Giftschrank", dann werden wir in Europa keinen Schritt vorankommen, nicht bei Corona und nicht bei der Wirtschaftskrise. Deswegen warne ich vor der AfD. Ich warne davor, ihre Wortwahl zu verharmlosen, und warne davor, ihre Ideen zu verharmlosen,

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege!

**Dr. Gerhard Hopp (CSU):** weil sie trennen und Europa nicht zusammenbringen. Deswegen halten wir zusammen, deswegen halten die demokratischen Parteien zusammen und halten vor allem gegen ihre Vorschläge zusammen. So werden wir die Krise in Europa bewältigen

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege!

**Dr. Gerhard Hopp (CSU):** und gemeinsam zu einem guten Ende kommen. – Und das tue ich jetzt auch, Frau Präsidentin.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Zum Ende.

(Beifall bei der CSU)

Auch in diesem Fall gelten fünf Minuten. – Als Nächster hat Herr Dr. Franz Rieger für die CSU-Fraktion das Wort.

**Dr. Franz Rieger (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2020 stellt Europa, wie es viele meiner Vorredner schon angesprochen haben, vor riesige Herausforderungen. Europa muss die Corona-Pandemie und deren gravierende Folgen, nicht nur die wirtschaftlichen, bewältigen. Dabei müssen wir vor allem aufpassen, dass strukturelle Unterschiede und die wirtschaftlichen Divergenzen durch die Corona-Pandemie nicht massiv verstärkt werden. Wir leben in Deutschland nicht autark wie auf einer Insel, wo es uns völlig egal sein könnte, was um uns herum passiert. Die EU muss – mein Kollege Dr. Huber hat es schon ausgeführt – den Austritt Großbritanniens und damit den Verlust eines bedeutenden Mitglieds verkraften. Vielleicht – wir wissen es alle nicht – kommt es sogar zu einem harten Brexit. Und Europa muss trotz der Corona-Krise in der Klima- und Energiepolitik einen großen gemeinsamen Schritt vorankommen. Nur dann können wir die Pariser Klimaziele umsetzen.

Man kann sich jetzt natürlich hinstellen und alles schlechtreden, wie es die AfD macht. Aber dann lässt man völlig außer Acht, was das geeinte Europa gerade uns hier in Bayern an Freiheit, Wohlstand und auch Frieden gebracht hat. Glauben Sie wirklich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, dass es uns allen in einem zerbrochenen Europa ohne den Euro besser ginge? Glauben Sie das?

(Zurufe)

Glauben Sie wirklich, dass es uns ohne Freizügigkeit und mit Grenzzäunen – der Kollege Hopp hat gerade ausgeführt, was passiert, wenn die Grenze nur kurzfristig geschlossen ist –,

(Zurufe)

besser ginge, dass es uns und unserer exportorientierten Wirtschaft gerade in Bayern besser ohne den gemeinsamen Binnenmarkt ginge? Ohne all die Arbeitsplätze, die direkt und indirekt daran hängen? Ohne eine starke Stimme in der Welt, wenn gerade



China – Asien insgesamt – und die USA immer stärker werden? Glauben Sie das? Glauben Sie wirklich, wir würden in Deutschland dann besser und sicherer leben?

(Zurufe)

Das glauben Sie? – Das, liebe AfD, ist eine Illusion. Man kann von einem "Dexit" mit oder ohne griechischer Mythologie und mit oder ohne Zeus-Zitat fabulieren. Das ist aber im Endergebnis nichts anderes, als vor den Herausforderungen der Zukunft ganz feige davonzulaufen, sonst überhaupt nichts.

Das ist nicht unser Weg. Wir dürfen nicht jammern, sondern müssen versuchen, die Dinge in Europa gemeinsam zu gestalten, auch wenn es – das räume ich ein – mühsam ist. Ich bin überzeugt davon, dass es in unserem ureigenem Interesse ist, Entwicklung und Fortschritt in Europa zu unterstützen. Als Land in der Mitte Europas sind starke Nachbarn, zu denen wir ein gutes Verhältnis haben und denen es auch gut geht, lebensnotwendig.

Verstehen Sie mich nicht falsch – das heißt nicht, alles mitzutragen. Ich möchte es deutlich sagen. Wenn wir im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten ein Programm schnüren, um Europa gut aus der Krise zu führen und auf die Zukunft vorzubereiten, muss dieses Programm natürlich auf die Zukunft ausgerichtet sein. Ein Wiederaufbaufonds mit Milliarden Euro darf nicht ein bloßes "Weiter so" bedeuten, und damit darf nicht lediglich ein Wahlkampfgeschenk an die eigene Bevölkerung finanziert werden. Die Unterstützungsleistungen der EU müssen an Vorgaben, an Bedingungen und an Gestaltung geknüpft werden, um Europa stärker und wettbewerbsfähiger zu machen. Wir müssen endlich dringende Reformen anstoßen. Wir müssen bei wichtigen Themen wie bei der Digitalisierung und dem Klimaschutz mit Investitionen weiterkommen. Wir leben in Europa nicht abgekoppelt von der Welt. Wir stehen im Wettbewerb – das hat mein Kollege Dr. Huber verdeutlicht – gerade mit China und den USA. Wer sich in Europa Solidarität wünscht, soll diese im Sinne des Gesamtprojekts Europa auch erhalten, muss aber selbst solidarisch sein

und im Gegenzug seinen Teil zu einem starken Europa beitragen. Solidarität darf keine Einbahnstraße sein.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Dr. Franz Rieger (CSU):** Diese große Aufgabe muss Deutschland als Ratsvorsitz gemeinsam mit seinen europäischen Partnern lösen und gestalten. Wir als CSU haben das Friedensprojekt Europa von Anfang an begleitet und werden jetzt nicht damit aufhören, nur weil es schwierig ist.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung spricht im Anschluss der Herr Staatsminister Dr. Florian Herrmann. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt am 1. Juli 2020 die Präsidentschaft des Rats der Europäischen Union. Es wurde heute schon vielfältig ausgeführt: Die Aufgaben für diese Ratspräsidentschaft sind tatsächlich gewaltig.

Die Folgen der Corona-Pandemie sind in ganz Europa spürbar. Wir wollen nicht, dass Europa deswegen auseinanderdriftet und zum Spielball anderer Mächte wird. Europa muss wirtschaftlich wieder auf die Erfolgsspur gesetzt werden. Der EU-Finanzrahmen muss verabschiedet werden; denn der aktuelle EU-Finanzrahmen läuft zum 31. Dezember dieses Jahres aus. Vorgeschlagen sind insgesamt 1,85 Billionen Euro für den EU-Finanzrahmen und den Wiederaufbauplan. Diese Summe ist gewaltig. Hierüber ist das letzte Wort auch noch nicht gesprochen. Wir werden darauf achten, dass bayerische und deutsche Interessen im europäischen Gesamtkontext gewahrt werden. Vor allem kommt es darauf an, die Gelder richtig einzusetzen.

Wir brauchen ein Handelsabkommen mit Großbritannien; denn auch hier läuft der Übergangszeitraum zum 31. Dezember 2020 aus, und der harte Brexit, den wir immer vermeiden wollten, droht, Wirklichkeit zu werden. Die Welt wartet nicht auf Europa. Im internationalen Wettbewerb der Systeme muss die EU mit starker Stimme sprechen. Wir müssen die Zukunftsthemen weiter voranbringen, nämlich die Klimapolitik, den Green Deal, die Digitalisierung und den Wandel der Arbeitswelt insgesamt.

Außerdem gilt es noch, die Herausforderungen der Migration im Blick zu haben und gemeinsam zu lösen. Ich spreche von dem Vorschlag für ein neues gemeinsames europäisches Asylsystem. Zu allem Überfluss stellt uns die Corona-Pandemie vor geradezu schicksalhafte Herausforderungen. Das wird und das ist ein echter Prüfstein für die Europäische Gemeinschaft. Bei seiner Ratspräsidentschaft trägt Deutschland hierfür die europapolitische Verantwortung und verfügt gleichzeitig als größter Mitgliedstaat auch über das notwendige politische Gewicht.

Die EU-Ratspräsidentschaft ist daher eine große Verantwortung und gleichzeitig eine große Chance für die Menschen in Bayern, in Deutschland und in ganz Europa. Dieser Verantwortung stellen auch wir uns. Für die Bayerische Staatsregierung steht klar fest: Ein gemeinsames Europa ist die beste Antwort auf die immensen Aufgaben unserer Zeit. Das ist schon allein historisch zu begründen: Im Jahr 1900 haben noch 24 % der Weltbevölkerung in Europa gelebt. Im Jahr 2060, bei einer deutlich größeren Gesamtweltbevölkerung, werden gerade einmal 5 % der Menschen in Europa leben. Allein diese Entwicklung zwingt uns, enger zusammenzuhalten. Wir wollen unsere europäische Lebensweise, unseren European way of life, auch in Zukunft bewahren, mit sozialer Marktwirtschaft, mit offenen, freiheitlichen und liberalen Gesellschaften, mit parlamentarischer Demokratie und all dem, was unser Leben in Europa ausmacht. Nicht alle in der Welt denken so wie wir. Allein diese Notwendigkeit bringt uns zusammen.

Europa ist deshalb nicht nur eine Notwendigkeit, um die aktuellen Herausforderungen zu lösen. Europa ist auch eine Geisteshaltung. Franz Josef Strauß hat diese Geistes-

haltung schon im Jahr 1968 – damals noch visionär – wie folgt formuliert: "Die Nationalstaaten sind im heutigen Europa aber auch sonst allein aufgrund ihrer Größenordnung und Bevölkerungszahl anachronistische Gebilde, die ihre Funktion als lebens- und wettbewerbsfähige Einheiten nicht mehr zu erfüllen vermögen." Und weiter: "Es gilt ein Denken und eine Bewusstseinshaltung zu schaffen, aus denen heraus man begreift, dass wir nur dann Franzosen, Deutsche, Italiener, Engländer und was auch immer bleiben können, wenn wir wirklich und rechtzeitig Europäer werden".

Das ist die Vorstellung, die unser Bild von Europa prägt. Es genügt eben nicht, was Herr Kollege Henkel von der AfD als Lippenbekenntnis vor sich herträgt, nämlich zu behaupten, er sei Europäer. Er zeigt nämlich gleichzeitig in seiner heutigen Rede und auch sonst im Parlament ein Europa, das er sich innerlich vorstellt, das aber nicht Realität ist. Er meint das Europa früherer Zeiten, in dem die Nationalstaaten im Vordergrund standen. Die Nationalstaaten haben zu den größten Konflikten in Europa, zu Flucht und Vertreibung sowie zu Uneinigkeit geführt. Das ist nicht unser Bild von Europa. Das Europabild der AfD ist in Wahrheit ein Bild der europäischen Verzweigung aus nationalistisch-völkischen Wahnvorstellungen heraus.

(Widerspruch)

Deshalb kann diese Vorstellung keine Zukunft haben.

(Beifall bei der CSU)

Für uns geht es um ein gemeinsames Europa als Antwort auf die immensen Aufgaben. Für uns als Bayern ist Europa lebensnotwendig; denn Bayern liegt zentral im Herzen dieses Europas. Unsere Wirtschaft ist global ausgerichtet. Wir verdienen fast jeden dritten Euro im Ausland. Ohne die Freiheiten des Europäischen Binnenmarkts wäre dies überhaupt nicht möglich. Angesichts der aktuellen Kritik aus den USA füge ich hinzu: In einer Welt zunehmender Polarisierung müssen wir die Handlungsfähigkeit und die Weltpolitikfähigkeit Europas nach außen stärken, um unserer Verantwortung in der Welt gerecht zu werden, sie wahrzunehmen und um der Welt unsere Vorstellung

eines freiheitlichen Europas und einer freiheitlichen Gesellschaft mitzugeben. Deshalb ist es wichtig, dass die Bundesregierung im Laufe des nächsten halben Jahres diese europäischen Schwerpunkte setzt und ihre große Verantwortung wahrnimmt. Wir werden sie dabei unterstützen und immer im Blick haben, dass wir Europa nicht den Populisten und Nationalisten überlassen. Wir kämpfen für unser Europa als Werte- und Friedensgemeinschaft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.